



DI Torsten Altmann,
Redaktion top agrar Österreich.

Ums Fachliche gehts schon lang nicht mehr!

Ums Fachliche geht es bei der Frage Glyphosat Ja oder Nein schon lang nicht mehr. Vielmehr betreiben NGO's oft Angstmacherei. Global 2000 und wie sie alle heißen, haben offenbar nur ein Ziel: Ein generelles Unbehagen zu verbreiten frei nach dem Motto „Glyphosat ist ein Teil der bösen Landwirtschaft, die wir nicht mehr wollen“. Anders ausgedrückt, Glyphosat soll zum Symbol für die Agrarwende werden.

Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die noch amtierende Regierung sich davon bei der letzten Abstimmung in Brüssel hat anstecken lassen. Denn Österreich war eines von neun Ländern, die am 9. November dagegen gestimmt haben. Ein entsprechender Beschluss wurde vorher im Parlament auf Initiative der Grünen mit Zustimmung von SPÖ und FPÖ gefasst.

wendet. Viele in hängigen Lagen wirtschaftende Ackerbauern werden deshalb mit mulmigem Gefühl nach Brüssel schauen. Denn ohne den Einsatz von Glyphosat wird die Minimalbodenbearbeitung deutlich erschwert.

Während Landwirte beim Maisanbau vielleicht noch mit höherem Herbizid-Einsatz zumindest etwas gegensteuern können, fällt dies vor allem im Rüben- und Sojaanbau mangels vorhandener Mittel weitgehend flach. Somit werden womöglich die in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten guten Ansätze zum Erosionsschutz und damit auch zur Bodenverbesserung zunichte gemacht.

Gleichzeitig würde durch den Wegfall von Glyphosat zwangsläufig der Anbau von Begrünungspflanzen zurückgehen und wieder verstärkt auf den Pflug gesetzt werden. Neben der Erosionsgefahr

„Glyphosat als Symbol für die Agrarwende“

14 EU-Staaten hatten in Brüssel für den Vorschlag einer fünfjährigen Verlängerung der Zulassung gestimmt, neun dagegen, fünf enthielten sich. Für die erforderliche qualifizierte Mehrheit reichte das allerdings nicht. Jetzt kommt es zum Showdown: Zunächst (nach Redaktionsschluss) Ende November bei einer erneuten Abstimmung im Berufungsausschuss. Falls es hier kein Ergebnis gibt, bleibt wenig Zeit für eine endgültige Entscheidung der EU-Kommission. Denn die Genehmigung des Totalherbizids läuft Mitte Dezember aus.

Kommen wir auf das Fachliche zurück. Was würde ein Scheitern des Kommissionsvorschlags für Österreichs Landwirtschaft bedeuten? Mit einem vorzeitigen Verbot von Glyphosat stehen die inzwischen bewährten Anbauverfahren wie Mulch- und Direktsaat auf dem Spiel. In Österreich werden diese aktuell auf etwa 120 000 ha ange-

wird damit auch der Energieverbrauch und somit die CO₂-Emission erhöht. Im Zuge eines sich verschärfenden Klimawandels dürften damit Starkregenfälle weiter zunehmen und Ackerkrumen wieder verstärkt davonschwimmen. Und natürlich bedeutet die Abkehr von der konservierenden Bodenbearbeitung unterm Strich erhebliche Mehrkosten.

André Rupprechter sollten die Probleme, die durch ein Verbot entstehen könnten, bewusst sein. Doch eine klare Aussage ist von ihm dieser Tage nicht zu hören. Unsere Landwirte dürfen bei so einer zentralen Frage aber Haltung verlangen: Wenn also Glyphosat entgegen der verbreiteten wissenschaftlichen Meinung auf das Abstellgleis der Geschichte gehört, muss ein Fahrplan für den Ausstieg her. Wenn nicht, dann sollte der Landwirtschaftsminister Rückgrat zeigen und zu einem bewährten Verfahren stehen.